

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

28. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 1. Februar 2024

(16:12 Uhr bis 22:29 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung.....		1
2. Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin.....		2
3. Feststellung und Einführung von einer Listennachfolgerin und zwei Listennachfolgern gemäß §§ 33, 34 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (GOS)		4
4. 26. Fragestunde.....		4
Frage Nr. 2127.....		4
Stadtverordneter Emre Telyakar, GRÜNE:.....		4
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:		5
Frage Nr. 2128.....		9
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU:.....		9
Stadträtin Annette Rinn:		9
Frage Nr. 2129.....		11
Stadtverordneter Thomas Böppler-Wolf, SPD:		11
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:		11
Frage Nr. 2130.....		13
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:		13
Stadtrat Wolfgang Siefert:		13
Frage Nr. 2131.....		4
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE:.....		5
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:		5
Frage Nr. 2132.....		15
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:		15
Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff:.....		16
Frage Nr. 2133.....		17
Stadtverordneter Johannes Hauenschild, Volt:.....		17
Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff:.....		17
Frage Nr. 2134.....		5
Stadtverordneter Falko Görres, FRAKTION:		5
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:		5
Frage Nr. 2135.....		20
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:		20
Stadträtin Annette Rinn:		20
Frage Nr. 2136.....		21
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:		21
Stadträtin Dr. Ina Hartwig:		21

Stadtv. Jutta Ditfurth - ÖkoLinX-ELF

Die Mieter*innen des Hauses Seilerstraße 17 werden rund um die Uhr von Lärm und Gerüchen aus dem benachbarten „Tigerpalast“ belästigt. Wie die FNP am 13.12.2023 berichtete, hat der Hauseigentümer Wolfgang Stegemann kein Vertrauen in die städtischen Behörden, weil „der Tigerpalast allerbeste Verbindungen ins Rathaus“ habe. Das Regierungspräsidium habe ihm die Belästigung bestätigt, aber auch, dass die Grenzwerte eingehalten werden.

Ich frage daher den Magistrat: Sieht sich der Magistrat in der Lage, den Mieter*innen zu besserer Lebensqualität zu verhelfen, indem er den „Tigerpalast“ zu freiwilligen Maßnahmen gegen Geruchs- und Lärmbelästigung der Nachbarschaft bewegt?

Kolleginnen und Kollegen jeweils Änderungen vorhalten und auch nachhalten, ob die Änderungen entsprechend vollzogen werden. Dazu mag es dann aufseiten der Vertragsparteien auch durchaus immer wieder unterschiedliche Ansichten und den Bedarf nach Diskussionen geben, aber das ist dann schon so, wie wenn Sie ein Fahrrad gekauft haben und hinterher zum Fahrradhändler gehen und sagen, das Licht geht nicht.

Ich danke!

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Vielen Dank, Herr Dr. Bergerhoff! Ich rufe die

Frage Nr. 2135

auf. Fragestellerin ist Frau Stadtverordnete Ditfurth von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Die Mieter:innen des Hauses Seilerstraße 17 werden rund um die Uhr von Lärm und Gerüchen aus dem benachbarten Tigerpalast belästigt. Wie die FNP am 13.12.2023 berichtete, hat der Hauseigentümer Wolfgang Stegemann kein Vertrauen in die städtischen Behörden, weil „der Tigerpalast allerbeste Verbindungen ins Rathaus“ habe. Das Regierungspräsidium habe ihm die Belästigung bestätigt, aber auch, dass die Grenzwerte eingehalten werden.

Ich frage daher den Magistrat: Sieht sich der Magistrat in der Lage, den Mieter:innen zu besserer Lebensqualität zu verhelfen, indem er den Tigerpalast zu freiwilligen Maßnahmen gegen Geruchs- und Lärmbelästigung der Nachbarschaft bewegt, unter denen sie 24 Stunden, sieben Tage die Woche das ganze Jahr über leiden?

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Es antwortet Frau Stadträtin Rinn. Bitte!

Stadträtin Annette Rinn:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine Damen und Herren!

Die Zuständigkeit für Geruchs- und Lärmemissionen liegt, wie konstatiert, aktuell in diesem Fall beim Regierungspräsidium Darmstadt, auch weil es sich um einen Mischbetrieb von Theater mit Gastronomie handelt. Dass die Grenzwerte eingehalten wurden, ist offenkundig von dort bestätigt.

Grundsätzlich ist es möglich, den Betreiber des Tigerpalastes um freiwillige Maßnahmen gegen Geruchs- und Lärmbelästigung der dortigen Anwohnenden zu bitten. Für mögliche Lösungsansätze bedarf es aber in jedem Fall der Kenntnis der Beschwerdelage, welche konkreten Mängel und Belästigungen von den Anwohnenden empfunden werden, da ansonsten ein Schreiben ins Leere laufen würde. Bei der Stadtpolizei sind im gesamten Jahr 2023 keine Beschwerden zum Tigerpalast oder von Anwohnern der Seilerstraße 17 eingegangen. Da das Regierungspräsidium gleichzeitig den Anwohnerinnen und Anwohnern angeboten hat, Lärmmessungen auf den Balkonen durchzuführen, was aber nicht angenommen wurde, kann derzeit keine weitere Hilfe angeboten werden.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Es gibt eine Zusatzfrage von der Fragestellerin Frau Ditfurth. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:
(Zusatzfrage)

Unten gibt es eine große Mauer zwischen Tigerpalastrückseite und dem Gebäude, um das es hier geht. Die Messungen sind erst einmal unten vorgenommen worden. Natürlich sind die da anders, weil die Mauer dazwischen ist. Aber Geruch und Lärm ziehen auch über die Mauer hoch in die anderen Stockwerke. Das ist ein Gründerzeithaus. Dazu kommt, dass an den Tagen, an denen gemessen wurde, von dem Lärmminde-
rungsgerät im Tigerpalast die unterste Stufe eingeschaltet war, dass aber Mitarbeiter jederzeit, wenn es den Gästen oder ihnen selbst zu stickig wird, die Möglichkeit haben,

auch die anderen Stufen einzustellen. Das heißt, die Messungen sind nicht so, dass das Problem bisher erfasst worden ist. Jetzt ist es so, dass eine Mietpartei ausgezogen ist, weil sie sagt, es hilft uns eh keiner, wir können nichts machen. Wir kriegen keine richtigen Messungen hin und niemand hilft uns gegen diese Form von Dauerbelästigung. Inzwischen ist auch der Geschäftsführer des Tigerpalastes, der Landesvorsitzende des Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e. V. ...

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Die Frage bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Vielleicht könnte man jetzt einmal Gespräche führen.

(Zurufe)

Bleiben Sie dran oder nicht?

Stadträtin Annette Rinn:
(fortfahrend)

Ich habe es so verstanden, dass den Mieterinnen und Mietern weitere Lärmmessungen auf den Balkonen angeboten wurden, die sie allerdings nicht haben wollten. Das macht die Sache natürlich schwierig. Ich habe außerdem der Presse entnommen, dass Herr Stegemann auch noch nicht mit Herrn Mangold gesprochen hat. Das wäre vielleicht auch eine Möglichkeit, dass man einmal persönlich ins Gespräch kommt.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Vielen Dank, Frau Stadträtin! Ich rufe die

Frage Nr. 2136

auf. Fragesteller ist Herr Stadtverordneter Pfeiffer von der BFF-BIG-Fraktion. Bitte!

Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:

Die Bombennacht des 22. März 1944, die nicht nur unzählige Tote, Verletzte sowie Obdachlose, sondern auch die fast vollständige Zerstörung der Frankfurter Altstadt zur Folge hatte, jährt sich in diesem Jahr zum 80. Mal. Mit Beschlussausfertigung § 6673 vom 10.09.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, zu solch besonderen Jahrestagen der Zerstörung eine größere Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Opfer stattfinden zu lassen.

Ich frage den Magistrat: In welcher Form wird der Magistrat das Gedenken an diesem besonderen Jahrestag begehen, und welche konkreten Planungen für eine von der Stadt Frankfurt ausgerichtete Gedenkveranstaltung liegen bereits vor?

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Es antwortet Frau Stadträtin Dr. Hartwig. Bitte!

Stadträtin Dr. Ina Hartwig:

Sehr geehrte Frau Vorsteherin, sehr geehrter Herr Stadtverordneter Pfeiffer, liebe Kolleginnen und Kollegen!

wie Sie wissen, wurde bereits im letzten Jahr die Bodengedenkplatte vor dem Haus „Goldene Waage“, die seit den 1970er-Jahren vor dem Technischen Rathaus an die Zerstörung der Altstadt erinnerte, neu verlegt. Da sich die Inschrift der bronzenen Tafel bislang allein auf die Zerstörung der Altstadt und die damit verbundenen Opfer beschränkte, wurde sie um einen kontextualisierenden Ring ergänzt, der an das Leid des Bombenkriegs in ganz Europa erinnert und folgende Inschrift trägt: „Von Deutschland ging seit September 1939 ein globaler Vernichtungskrieg aus. Alle Opfer dieses Krieges mahnen uns zu Frieden, Versöhnung und Demokratie.“

Die Erinnerung an die Opfer der Frankfurter Bombennächte und die Zerstörung der historischen Altstadt als ein gravierendes Kapitel

Frage Nr. 2137.....	23
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	23
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	23
Aktuelle Stunde zu den Fragen Nr. 2127, Nr. 2131 und Nr. 2134.....	25
Stadtverordneter Emre Telyakar, GRÜNE:.....	25
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	26
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	27
Stadtverordnete Elisa Grote, Volt:.....	28
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	28
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	29
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	30
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	32
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:.....	32
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:.....	33
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:.....	34
Aktuelle Stunde zu Frage Nr. 2127	36
Stadtverordneter Stadtv. Emre Telyakar - GRÜNE -	36
Stadtverordneter Rechtsextreme aus Politik und Gesellschaft haben vor wenigen Wochen einen	37
Stadtverordneter Geheimplan geschmiedet, um Millionen Menschen, die für eine offene und	38
Stadtverordneter inklusive Gesellschaft stehen, zu deportieren. Dies erinnert in fataler Weise an	39
Stadtverordnete die Pläne der Nationalsozialisten und konterkariert die Grundpfeiler unseres	40
Stadtverordneter demokratischen Miteinanders. In Reaktion darauf gab es bundesweit, auch in	
Aktuelle Stunde zu Frankfurt, eindruckliche Demonstrationen.	41
Stadtverordneter Ich frage den Magistrat:	41
Stadtverordneter Welche Strategien und Aktivitäten verfolgt die Stadt, um den gesellschaftlichen	42
Zusammenhalt in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft zu stärken und um den	
Aktuelle Stunde zu aktuellen menschenfeindlichen Trends Einhalt zu gebieten?	42
Stadtverordneter	42
Stadtverordnete Frage Nr. 2131	43
Stadtverordneter Stadtv. Eyup Yilmaz - LINKE. -	44
Stadtverordnete	44
Stadtverordneter In Frankfurt, wie auch in vielen anderen Städten in Deutschland, demonstrieren	45
Zehntausende Menschen gegen die AfD. Hintergrund sind die durch das	
Aktuelle Stunde zu Recherchenetzwerk „Correctiv“ aufgedeckten Pläne, Millionen von Menschen	46
Stadtverordneter aus Deutschland zu vertreiben, die von Vertreter*innen der AfD bei einem	46
Treffen in Potsdam geäußert wurden.	
Ich frage den Magistrat:	
5. Verabschiedung Welche Pläne verfolgt der Magistrat, um das zivilgesellschaftliche Engagement	47
der Menschen zu unterstützen und inwiefern werden im Zuge dessen die	
städtischen finanziellen Mittel für antifaschistische Projekte und Maßnahmen	
erhöht?	
6. Anmietung einer English Theatre	47
Vortrag des Mag Frage Nr. 2134	47
Stadtverordnete Stadtv. Pearl Hahn - FRAKTION -	
Stadtverordnete Das Unwort des Jahres ist eines, das ich wegen des dahinterstehenden	47
Stadtverordneter menschenverachtenden Gedankengutes gar nicht aussprechen möchte. Es	
Stadtverordneter bezeichnet das, worüber leitende Köpfe der Alternative für Deutschland	49
Stadtverordneter konspirativ mit Faschisten und Neonazis nachdenken: die Massendeportation	51
Stadtverordneter von Ausländer:innen und Deutschen, die nach Ansicht von Rechtsnationalen	52
Stadtverordnete nicht deutsch genug sind. Gegen diese Pläne sind in Deutschland	52
Stadtverordnete Hunderttausende auf die Straße gegangen. Auch in Frankfurt.	53
Stadtverordnete Ich frage den Magistrat:	
Wird die Stadt in Zukunft die Demonstrierenden organisatorisch und mit	
Infrastruktur unterstützen?	

SPD einem eigenen Genossen. Ich spreche von Mathias Brodkorb, der Ihnen ein Begriff sein sollte. Brodkorb war viele Jahre für die SPD Minister in Mecklenburg-Vorpommern und Begründer des Infoportals „Endstation Rechts“, ein ausgewiesener Rechtsextremismusexperte, im Gegensatz zu denen hier im Saale. Brodkorb hat in einem sehr klugen Artikel diese angebliche Recherche von Correctiv nach allen Regeln der Kunst auseinandergenommen und nachgewiesen, dass es nichts anderes ist als ein Stück aus dem Tollhaus politischer Propaganda.

(Beifall)

Da werden dann aus Vermutungen, Halb- und Unwahrheiten, die bei Correctiv im Konjunktiv stehen, durch Abschreiben und Hinzudichten von anderen Journalisten angebliche Tatsachen. Ich zitiere: „Der Fall Wannsee dürfte ein beredtes Beispiel dafür sein, wie sehr sich relevante Teile der Medien in den vergangenen zehn Jahren in ihre eigenen Narrative verstrickt haben und nicht mehr aus ihnen herausfinden“, so Brodkorb. Da wird dann - O-Ton Brodkorb - „ohne eigene Recherche abgepinselt“. So wird ein Narrativ geflochten, an das die, die es weiterverbreiten, letztendlich selbst glauben. Man muss eine Lüge nur lange genug wiederholen, dann wird sie geglaubt.

Aber selbst Correctiv distanziert sich mittlerweile von sich selbst. Zitat: „Wir haben auch nicht von Deportation gesprochen oder so, das wurde dann von denen, die es interpretiert haben, eingeführt“, sagte die stellvertretende Correctiv-Chefredakteurin Anette Dowitz. Nehmen Sie ein für allemal zur Kenntnis, dass die AfD mit beiden Beinen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht, auch wenn Sie was anderes behaupten.

(Zurufe)

In der gemeinsamen Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität hat sich die AfD immer wieder zum deutschen Staatsvolk als „Summe aller Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“ bekannt. Alles andere ist gelogen. Aber warum diese Lügen? Sie haben panische Angst - gerade auf der linken Seite -, Ihre linken parlamentarischen Mehrheiten zu

verlieren, denn gesellschaftliche Mehrheiten haben Sie für Ihre Politik schon lange nicht mehr, und das wissen Sie auch. Da ist dann jede Lüge, jede Halbwahrheit und jede Unterstellung recht, um den politischen Gegner geradezu zu vernichten.

Nein, meine Damen und Herren, Sie haben keine Angst um die Demokratie, Sie haben Angst vor der Demokratie.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Der nächste Redner ist Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF. Herr Zieran möchten Sie reden?

(Zurufe)

Herr Zieran, Sie sind dran. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Boah, drei Minuten!

Ich finde die Sache so wichtig. Diese Rede aus der SPD hat mich, wie sagt man auf Neudeutsch, mehr als getriggert.

(Zurufe)

Nicht na ja! Wir haben im Augenblick eine Situation, in der die Ideologie des Faschismus auf dem Vormarsch ist. Das ist die Ausgangslage. Das hat sich nicht erst heute entwickelt, sondern seit zehn, 15 oder 20 Jahren, mit Parteien, die sich heute demokratisch nennen. Der Widerspruch ist doch der: Wir brauchen einerseits ein gemeinsames Signal, wenn es denn eine inhaltliche Gemeinsamkeit gibt.

(Zurufe)

Ich war froh über die großen Demonstrationen.

Wir brauchen aber gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit der Politik der Parteien im Bundestag, die das vorbereiten, diese Naziideologie. Die Deportationen à la Scholz,

dass man Illegale abschiebt, dass massenweise abgeschoben werden soll, ...

(Zurufe)

... all das muss beendet werden! Das ist der Grund und Boden von Faschismus.

(Beifall, Zurufe)

Und dass du ...

(Zurufe)

Die Pöbelei der SPD. Gut, wenn das von meiner Zeit abgezogen wird, darf sie weitermachen.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Nein.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Also, was wir brauchen, ist eine knallharte Auseinandersetzung mit der Naziideologie. Dieses Parlament ist in seiner Mehrheit nicht mal in der Lage, ohne Nazis nach Auschwitz zu fahren. Wir haben eine Ausschussreise, wo Nazis mitreisen. Wir reden von der Brandmauer. Wenn man die Brandmauer ernst meint, dann muss die Brandmauer klar sein, gerade bei einer Reise nach Auschwitz. Gerade zu den Vernichtungslagern fahre ich doch nicht mit denen, die aus dieser Ecke kommen. Leute, wo steht ihr? Was denkt ihr? Es ist unglaublich! Und die LINKEN. haben noch nicht mal Nein dazu gesagt, sondern fahren wahrscheinlich sogar mit. Ich finde es nur zum Kotzen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Danke!

(Beifall, Heiterkeit)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Die letzte Rednerin zu dieser Aktuellen Stunde ist Frau Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg. Bitte!

Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Frau Vorsteherin!

Wir brauchen dieses Parlament für Debatten und wir brauchen dieses Parlament auch, um die Demokratie zu verteidigen, aber ich glaube, manchmal verschiebt es sich, wo die Feinde und wo die demokratischen Kräfte sind. Sollen wir nicht definieren, wo die Feinde und wo die demokratischen Kräfte sind?

(Beifall)

Das ist genau das, was Frau Szepesi, eine Frankfurterin, 91 Jahre alt, vorgestern im Bundestag angesprochen hat; eine Frau, deren Bruder ermordet wurde; eine Frau, die nach Frankfurt zurückgekommen ist, um hier zu leben und zu bleiben, ein Zuhause zu haben. Sie hat in ihrer Rede im Bundestag gesagt: „Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft.“ Und sie sagte: „Ich fühle mich durch unsere Demokratie geschützt - noch. Aber es macht mir große Sorgen und ich bin traurig, zu sehen, was sich auf den Straßen abspielt: die Bereitschaft zur Gewalt, der Judenthass, der Menschenhass. Warum verteidigen nicht alle Menschen unser wunderbares Grundgesetz und unsere Demokratie, in der wir leben?“

Es ist großartig, dass so viele Menschen in den letzten Wochen auf die Straße gegangen sind, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Ich wünsche mir aber nun, dass diese Demonstrationen auch im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, dort, wo Jüdinnen und Juden leben, an den Schulen, wo die Eltern Angst haben, ihre Kinder zur Schule zu bringen, stattfinden und nicht nur auf der Straße. Dieser Erwartung können und müssen wir gerecht werden.

(Beifall)

Wir haben vorhin über Erinnerungskultur gesprochen. Für manche ist es lange her, aber so lange ist das noch nicht her. Es geschah

7. Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden	55
Antrag der CDU vom 13.12.2023, NR 836	
Stadtverordnete Christina Ringer, CDU:.....	55
Stadtverordnete Stella Schulz-Nurtsch, SPD:.....	57
Stadtverordneter Johannes Hauenschild, Volt:.....	59
Stadtverordnete Isabel Schnitzler, FDP:.....	60
Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE:.....	61
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:.....	63
Stadtverordnete Christina Ringer, CDU:.....	64
8. Kreislaufwirtschaft vorantreiben	65
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 22.11.2023, NR 817	
Stadtverordneter Dr. Julian Langner, FDP:	65
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	67
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	68
Stadtverordneter Thomas Schlimme, GRÜNE:	70
Stadtverordnete Dr. Daniela Mehler-Würzbach, LINKE.:.....	71
9. Finanzpolitische Kurskorrektur über die Einnahmeseite	72
Antrag der LINKE. vom 21.12.2023, NR 838	
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	72
Stadtverordnete Martina Düwel, GRÜNE:	75
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	76
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	79
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	80
Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius, CDU:	82
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	83
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	85
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	86
10. Beteiligung der SEF an der Bauleitplanung und an Baugenehmigungsverfahren.....	88
Anregung des OBR 8 vom 07.12.2023, OA 422	
<u>hierzu:</u> Antrag der Gartenpartei vom 07.01.2024, NR 841	
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	88

Nun gut, wir haben auch das Thema mit dem Landeswohlfahrtsverband, wodurch unsere finanzielle Handlungsfähigkeit zunehmend eingeschränkt wird. Das alles sind Themen. Aber immer mehr Geld auf die Probleme zu schütten, wie Sie es vorschlagen, wird die Probleme hingegen nicht lösen. Wir werden bloß immer mehr Geld brauchen, und deswegen bin ich der Meinung, dass wir an die strukturellen Probleme rangehen müssen. Sie vergleichen auch Frankfurt mit München, obwohl hier die Region eine viel größere Rolle spielt. Das ist alles nicht ganz durchdacht. Wie man mit mehr Gewerbesteuern mehr Gewerbeflächen herbeizaubert oder diese ganze Flächenproblematik entzerren kann, das müsste man mir noch erklären.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Danke schön! Als Nächster hat das Wort Herr Stadtverordneter Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Man kann die Debatte auch sehr humorvoll angehen, das hat die FDP ja gerade bewiesen. Aber der Humor fällt dann eher auf die Menschen zurück, die ständig sagen: „Wir haben zu wenig Fachpersonal, wir haben hier zu wenig, wir haben da zu wenig“, und plötzlich ist das Problem, dass wir zu viel Geld haben. Wie hat es die Vertreterin der GRÜNEN gerade gesagt? „Noch mehr Geld einnehmen ist nicht schlüssig.“ Das ist der geilste Satz, den ich im letzten Jahrzehnt gehört habe. Das spiegelt auch nicht die Ausschlussdiskussion wider. Es wird auch ständig gesagt, dass wir Krisen haben. Ich nehme an, das stimmt: dass wir eine Klimakrise haben, dass wir soziale Härten haben, dass wir was weiß ich für Probleme von Menschen und Probleme ökologischer Art haben, die gelöst werden müssen. Da fehlt doch ganz offensichtlich das Geld, auch wenn ihr kein Geld wollt. Warum will diese

Koalition kein Geld? Weil natürlich eine Partei dabei ist, die Partei des Immobilienkapitals, und die möchte ...

(Zurufe, Heiterkeit)

Ja, da geht er gerade.

Die möchte keine Gewerbesteuererhöhung, weil das ihre Klientel trifft. Darum geht es doch. Ihr wollt auf der Seite nicht mehr einnehmen. Wenn wir einmal in der Geschichte zurückgehen, dann hat es sehr viel höhere Gewerbesteuern gegeben. Es hat sehr viel mehr - obwohl ich das Wort gar nicht in den Mund nehmen möchte - Gerechtigkeit gegeben. Die Kapitalseite wurde auch dazu herangezogen, etwas für die Gemeinde, für die Gemeinschaft zu tun. Heute wird das über Sponsoring erledigt. Man bittet einen Konzern, dass er auch einmal dafür etwas spendet, man macht eine Kulturmeile und bekommt vielleicht Geld von dem einen, vielleicht von dem anderen, und dafür lässt man die Steuern ganz niedrig. Dann holt man das Geld anderweitig, wie die LINKEN. das meiner Meinung nach schon im Ansatz ganz richtig gesagt haben, nur bleiben sie in der Konsequenz zu klein: Wenn man die Eintrittspreise für die Museen erhöht und in die Begründung reinschreibt, dass dies ein Beitrag ist, um den Haushalt zu stabilisieren, dann ist das schon echt irre. Man nimmt also von denjenigen Leuten Geld - da gibt es ja auch viele Leute, die nicht so viel Kohle haben und die gerne in kulturelle Einrichtungen gehen würden -, von denen nimmt man Geld, weil man selbst in der Koalition nicht mutig genug ist, das auszutragen, dass man trotz der hohen Steuereinnahmen eigentlich mehr Geld braucht, sonst hätten wir nicht diese Schulden.

Das höre ich immer wieder: In jedem zweiten Ausschuss gibt es eine Diskussion über das Fachpersonal. Woran liegt das denn, dass man in bestimmten Bereichen kein Fachpersonal bekommt? Weil die Löhne nicht entsprechend sind! Zum Beispiel bei den U-Bahn-Fahrern: Ich kenne U-Bahn-Fahrer, die bezüglich der Linie U 5 sagen, dass sie U-Bahn-Fahrer sind, weil sie - ich kann das nicht verstehen, aber sie sagen es -, weil sie daran Spaß haben. Aber das Geld sei viel zu wenig. Warum erhöht man nicht einfach einmal die Einkommen dieser Menschen, um

das Problem des Fachpersonalmangels zu lösen, auch in Konkurrenz zu anderen Gemeinden? Nein, noch mehr Geld einzunehmen, sei nicht schlüssig, wird einem dann gesagt. Was für eine irre Argumentation!

Wir brauchen Geld in dieser Stadt. Wir brauchen Ausgleich für die sozialen Härten, die durch Inflation und andere Belastungen für die Menschen geschaffen worden sind, und wenn dieser Ausgleich nicht erfolgt, dann wird auch diese Politik, dass man bestimmte Bereiche der Stadt entweder verrotten lässt oder sie nicht umstrukturiert, zurückfallen auf den Nährboden der Faschisten, der Nazis. Wenn ich nicht in der Lage bin, Geld in die Hand zu nehmen - lieber Uwe Paulsen, hör lieber zu, dann lernst du was -, ...

(Zurufe)

Wenn ich nicht in der Lage bin, Geld in die Hand zu nehmen, um für die, die kein Geld haben, ein Wohnungsbauprogramm zu machen, ... Dafür brauche ich mindestens eine Milliarde, um einen Großteil der 40.000 Sozialwohnungen, die ihr zerschlagen habt, wieder zu bauen. Ich brauche mehrere hundert Millionen, um bestimmte Investitionen, die anstehen, zu finanzieren, die Klimakrise zum Beispiel. Ich will da jetzt gar nicht konkret werden. Aber ihr wollt keine Erhöhung der Gewerbesteuer. Stattdessen gibt es eine Scheindiskussion von den GRÜNEN, dass es ein strukturelles Problem sei. Ja, natürlich! Alles ist ein strukturelles Problem. Man könnte mehr Steuern von höheren Ebenen kriegen, man könnte den Kapitalismus abschaffen ...

(Heiterkeit)

... und könnte gerechtere Verhältnisse haben; das sind alles strukturelle Probleme. Das ist eine eigenartige Ebene der Argumentation vonseiten der GRÜNEN.

Bleiben wir hier doch einmal bei dem, was ihr sonst immer argumentiert, bei dem, was wir hier entscheiden können, und das ist die Erhöhung des Hebesatzes, 50 Prozent der Einnahmen. Da wird dann Eschborn herangezogen, als ob die Leute alle nach Eschborn ziehen würden, falls wir die Gewerbesteuer erhöhen würden. Wir haben Gemeinden, die haben einen Hebesatz von 600 Punkten; die

Stadt Herdecke in Nordrhein-Westfalen hat einen Hebesatz von 535 Punkten, um nur ein Beispiel zu nennen. Aber diese Beispiele bringen doch nichts. Es geht darum, dass die Stadt Frankfurt bei dem ungerechten Steuersystem, das wir haben, die Möglichkeit hat, hohe Gewerbesteuern einzunehmen, weil wir hier eine Konzentration von Kapital haben.

(Zurufe)

Ihr blockiert diese Einnahmequelle, und deswegen blockiert ihr auch Ausgaben, die ökologisch und sozial notwendig sind. Das ist schon gesagt worden. Immerhin hat die FDP, wie ich glaube, gelernt - ach nein, die GRÜNEN haben es gesagt -, dass der Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 1999 in Frankfurt bei 515 Punkten lag. 1999, das ist noch gar nicht so lange her, lag er bei 515 Punkten. Das ist gar nicht so weit von 600 Punkten entfernt.

(Zurufe)

Wenn ich das auf heute projiziere, dann könnten wir auch mehr haben. Es ist doch ulkig, dass die GRÜNEN, die sonst immer der Meinung sind, dass man da eigentlich mehr holen müsste - auch die SPD, Mike Josef hat gesagt, wir müssten mindestens auf 590 Punkte gehen -, das plötzlich nicht mehr sagen. Stattdessen übernehmen sie Argumentationen, bei denen ich mich frage: Sind sie jetzt bei der FDP in die Lehre gegangen? Habt ihr da ein Fortbildungsseminar gemacht?

(Zurufe)

Ach so, ja. Das ist wahrscheinlich der Punkt, dass die GRÜNEN jetzt eure Logik übernehmen. Ich glaube, es hat wenig Sinn, da im Detail drüber zu reden, da ihr den Antrag ablehnen werdet. Ich sage es noch einmal, und ich werde es jedes Jahr wieder sagen, solange ihr die Einnahmen nicht erhöht: Wir haben kein Ausgabenproblem, wir haben ein Einnahmenproblem. Wir brauchen mehr Einnahmen. Erhöht die Gewerbesteuer! Wir werden diesen Antrag der LINKEN annehmen. Unsere Kritik geht eher in die Richtung, dass wir sagen: Wenn man schon immanent und in dem Zusammenhang denkt, was wir in dieser Stadt an Investitionen machen müssen, dann ist diese sogenannte moderate

Erhöhung untauglich, um diese Investitionen zu tätigen. Dann müsste ich zur alten Höhe der Gewerbesteuer zurückkehren, die wir schon einmal hatten. Dann könnten wir wirklich handeln, dann könnten wir auch Personal einstellen. Wir haben noch nicht einmal genügend Personal dafür, dass die Ortsbeiräte ihre Anregungen umgesetzt bekommen.

(Zurufe)

Wir brauchen eine mutigere Politik, die sich von diesem FDP-Dogma „Keine Gewerbesteuererhöhung“ löst. Ich weiß nicht, ob Volt auch dieser Ansicht ist, aber andere in der Koalition sind jedenfalls nicht der Ansicht. Die würden gerne erhöhen, können es in dieser Koalition aber nicht. Warum versucht nicht der Teil, der die Gewerbesteuer erhöhen möchte, mal mit einem anderen Teil der Opposition zusammenzugehen und die FDP auf die Oppositionsbank zu setzen? Das wäre vielleicht die Lösung vieler Probleme in Frankfurt.

Danke!

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Christoph Rosenbaum:**

Als Nächstes hat das Wort für die CDU-Fraktion Frau Stadtverordnete Dr. Fabricius. Bitte schön!

**Stadtverordnete Dr. Veronica Fabricius,
CDU:**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Vorsteher!

Der Ausgangspunkt beziehungsweise die Begründung für den Antrag der LINKEN., NR. 838, ist die Ablehnung der Einsparpläne ihrer Koalition, die Forderung der Haushaltskonsolidierung vonseiten des Innenministeriums. Darauf mit einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zu antworten, ist schlichtweg eine Themaverfehlung.

(Zurufe)

In Frankfurt haben wir kein Problem mit der Einnahmenseite, sondern Sie als Koalition

haben, wie es auch das Innenministerium sieht, ein Problem mit der Ausgabenseite. Die Gewerbesteuer sprudelt in einer Rekordhöhe wie nie zuvor, und davon profitiert sehr wohl unsere sozialgerechte und solidarische Stadtgemeinschaft, auch die heute Abend immer wieder erwähnte Kultur. Diese Quelle sprudelt, obwohl sehr große Traditionsunternehmen abgewandert sind, wie zum Beispiel Samson nach Offenbach - ja, in Kürze - mit einem Hebesatz von 440 Punkten und wie die Deutsche Börse, die mit ihrer Konzernzentrale nach Eschborn gezogen ist. Das sind Warnsignale. Eschborn mit seinem Hebesatz wurde mehrfach erwähnt. Warum ist wohl die Deutsche Börse nach Eschborn abgewandert und warum sind wohl dort die Gewerbeeinnahmen so hoch und die Kitaplätze so günstig? Ich möchte den Zahlenreihen, der hier schon erwähnt wurde, nicht noch einmal aufgreifen. Nur ein Punkt, weil Wiesbaden mit seiner marginalen Erhöhung erwähnt wurde: Trotz dieser Erhöhung liegt Wiesbaden immer noch unter dem Satz von Frankfurt. Insofern ist diese Erwähnung letztlich glatte Augenwischerei. Ich erlaube mir, doch noch eine Zahl zu nennen und dabei einen Blick über die Grenze zu werfen, nämlich in die benachbarte Landeshauptstadt Mainz, wo der Satz sage und schreibe unter dem von Eschborn bei 310 Punkten liegt. Wer hat also in der Rhein-Main-Region einen der höchsten Gewerbesteuersätze? Wir. Es verunsichert Unternehmen, wenn in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder so diskutiert wird, als sei die Steuererhöhung der nächste logische Schritt, weil Sie keine Haushaltskonsolidierung hinbekommen.

(Beifall)

Nun zu einem zweiten Punkt: Für die Attraktivität eines Standortes spielt über den Gewerbesteuersatz hinaus die Infrastruktur eine entscheidende Rolle. Von wegen gute Rahmenbedingungen in dieser Richtung! Diesbezüglich kämpft Frankfurt mit vielen Minuspunkten: fehlender und teurer Wohnraum, weil die Koalition zu wenig baut und fertige Planungen wie die Günthersburghöfe in der Schublade liegen bleiben; ein unterirdisches Entree des Bahnhofsviertels, an dem Mitarbeiter und Kunden ankommen; eine katastrophale Verkehrspolitik Ihrer Koalition ...

(Beifall, Zurufe)